

Stierteljähriger Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11/2 Sgr. Insektionsgebühr für den
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck
1 1/2 Sgr.

Breslauer



Expedition: Perrenstraße N. 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Zeitung.

Mittagblatt.

Sonnabend den 11. April 1857.

Nr. 170.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

London, 9. April. Die „Times“ meldet, daß die ministerielle Partei Denison als Kandidaten für die Sprecherschaft im Unterhause aufstellen werde.

Der „Advertiser“ versichert, daß Sidney Herbert nächsten die Stelle Lord Panmure's, jetzigen Staatssekretärs des Krieges, übernehmen werde.

Der „Traut“ mit 600 Mann an Bord, die für China bestimmt sind, mußte umkehren, weil derselbe unterwegs leck geworden war.

Paris, 9. April. Der heutige „Moniteur“ bringt ein Dekret, nach welchem ein Eisenbahnetz in Algerien ins Leben treten soll.

Dresden, 9. April. Das heutige „Dresdner Journal“ enthält eine Korrespondenz aus Paris, in welcher versichert wird, daß Frankreich die neuesten Schritte der deutschen Großmächte in Kopenhagen unterstützt habe. Auch Rußland habe sich gleichmäßig ausgesprochen. Nur die Haltung Englands sei zweifelhaft.

Paris, 9. April, Nachm. 3 Uhr. An der Börse wurde versichert, daß der bevorstehende Bankausweis eine Vermehrung des Baarvorraths um 10 Millionen Franken bringen werde. Die 3pSt. eröffnete zu 69, 25, hob sich auf 69, 55 und schloß fest zu Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92, von Mittags 1 Uhr 93 1/2 gemeldet. **Schluß-Course:**
3pSt. Rente 69, 50. 4 1/2pSt. Rente 91, 25. Credit-Mobilier-Aktien 1400. 3pSt. Spanier —. 1pSt. Spanier 25. Silber-Anleihe 89 1/2. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 740. Lombard. Eisenbahn-Aktien 631. Franz-Joseph 506.

Paris, 10. April, Nachmittags 3 Uhr. Der günstige Bankbericht blieb auf der Börse nicht ohne Wirkung. Die 3pSt. eröffnete zu 69, 75, wich auf 69, 50 und wurde schließlich bei lebhaftem Umsatze und in fester Haltung zu 69, 65 gehandelt. **Schluß-Course:**
3pSt. Rente 69, 65. 4 1/2pSt. Rente 91, 75. Credit-Mobilier-Aktien 1415. 3pSt. Spanier 38 1/2. 1pSt. Spanier —. Silber-Anleihe 89 1/2. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 747. Lombard. Eisenbahn-Aktien 633. Franz-Joseph 512.

Nach dem so eben erschienenen Bankausweis hat sich der Baarvorrath um 12 1/2 Mill., das Portefeuille um 17 1/2 Mill. vermehrt, während die laufende Rechnung des Schatzes sich um 34 1/2 Mill. vermindert hat.

London, 9. April, Nachmittags 1 Uhr. Consols 93 1/2.
Wien, 9. April, Mittags 12 1/2 Uhr. Börse fester. Fonds und Aktien höher.
Silber-Anleihe 92. 5pSt. Metalliques 83 1/2. 4 1/2pSt. Metalliques 73 1/2. Bank-Aktien 1006. Bank-Inter.-Scheine —. Nordbahn 227 1/2. 1854er Loose 109 1/2. National-Anl. 84 1/2. Staats-Eisenbahn-Aktien 228 1/2. Credit-Aktien 265 1/2. London 10, 13. Hamburg 77 1/2. Paris 122 1/2. Gold 7 1/2. Silber 4 1/2. Elisabethbahn 101 1/2. Lombard. Eisenbahn 117. Weisbach 102 1/2. Centralbahn —.

Frankfurt a. M., 9. April, Nachmittags 2 Uhr. Die meisten Fonds und Aktien fester und merklich höher. **Schluß-Course:**
Wiener Wechsel 113 1/2. 5pSt. Metalliques 77 1/2. 4 1/2pSt. Metalliques 68 1/2. 1854er Loose 102 1/2. Oester. National-Anleihe 80 1/2. Oester. Franzöf. Staats-Eisenbahn-Aktien 202 1/2. Oester. Bank-Antheile 1132. Oester. Credit-Aktien 187 1/2. Oester. Elisabethbahn 198 1/2. Rhein-Rahe-Bahn 90 1/2.

Hamburg, 9. April, Nachmittags 2 1/2 Uhr. Schwaches Geschäft. — **Schluß-Course:**
Oesterreich. Loose —. Oesterreich. Credit-Aktien 134. Oesterreichische Eisen-Aktien —. Vereinsbank 98. Norddeutsche Bank 94 Br. Wien —. Hamburg, 9. April. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen unverändert und stille. Del loco 32 1/2, pro Frühjahr 32 1/2, pro Herbst 29. Kaffee stille.

Liverpool, 9. April. [Baumwolle.] 6000 Ballen Umsatz. Preise unverändert und fest.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 9. April. Die heutige Nummer des „Pays“ bringt die Nachricht, daß es von der beabsichtigten Bildung eines Lagers zu Alexandria sein Abkommen erhalten habe.

Der zum Befehlshaber der in China operirenden Truppen ernannte General Achburnham ist nach Marseille abgereist.

Der Bischof von Rouens hat um Erlaubnis angeführt, sich nach den Osterferien nach Rom begeben zu dürfen.

Paris, 9. April. Nach dem „Moniteur“ soll die Armee zu dem Bau des aus drei Linien bestehenden Eisenbahnnetzes in Algier verwandt und derselbe an Privatgesellschaften überlassen werden.

Der „Konstitutionnel“ meldet die Rückkehr Feruk Khans von London.

Konstantinopel, 3. April. Niza Pascha bereitet sich zur Abreise auf seinen Gefandtschaftsposten in St. Petersburg vor. Die Kommission wegen der Expedition des „Gangaroo“ nach Circassien hat ihren Bericht dem Ministerpräsidenten erstattet. Ismail Pascha und Ferud Pascha werden darin für verantwortlich erklärt. Die holländische Handelsbrigade „Gersgindheit“ wurde in der Nähe des Hafens von Piraten angefallen, denen die Mannschaft nachdrücklich Widerstand leistete. Folikamente in England wirken lähmend und entmutigend auf den Verkehr, deshalb ist einige Geschäftsstockung eingetreten; nur Edelsteine, Goldsäden und feine Tuche sind sehr gangbare Artikel in Folge der bevorstehenden Vermählung der Sultanstochter mit dem Sohne des Vicekönigs von Aegypten.

Smyrna, 3. April. Die englische Flotte ist hier angekommen. Admiral Lyons übergab dem französischen Admiral Billaumez den Bathorden.

Turin, 7. April. Die Arbeiten an der Buffalora-Bahn werden eifrig betrieben, um diese im Juli dem öffentlichen Verkehr übergeben zu können.

Florenz, 7. April. Der Handels- und Schiffsvertragsvertrag zwischen Toscana und Neapel vom Jahre 1853, der Ende 1856 abgelaufen war, ist bis Ende 1857 verlängert worden.

Preußen.

Berlin, 9. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Konsistorial-Rath Dr. Sack in Magdeburg den Charakter eines Ober-Konsistorialraths beizulegen; und den Dekan Jaziewicz zu Duseyn zum Ehrenmitglied an der Metropolitankirche zu Posen zu ernennen. — Der Kreisbaumeister Lange zu Düren ist in gleicher Eigenschaft nach Krefeld versetzt worden. — Der Rechtsanwält und Notar Moellenhoff zu Berne ist unter Verleihung des Notariats im Departement des Appellationsgerichts zu Hamm an das Kreisgericht zu Dortmund, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Lünen, versetzt worden. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem praktischen Arzte Dr. Erlensmeyer

zu Bendorf im Regierungsbezirk Koblenz, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Großherzogs von Oldenburg königliche Hoheit ihm verliehenen Ehren-Kreuzes vom Haus- und Verdienst-Orden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig zu ertheilen.

Berlin, 9. April. Nachdem des Königs Majestät gestern Vormittag im Lustgarten zu Potsdam noch das 1. und 2. Bataillon des 1. Garde-Regiments zu Fuß befehligt und demnächst im Stadtschloß daselbst verschiedene Vorträge entgegengenommen hatten, kehrten Allerhöchstdieselben um 2 Uhr über Berlin nach Charlottenburg zurück. Hier feierten Ihre königlichen Majestäten mit den zur Zeit anwesenden Mitgliedern der königlichen Familie heute Vormittag in der königlichen Schloßkapelle das heilige Abendmahl, an welcher Feier auch noch Personen der Hofstaaten, Bewohner des Schloß- und Gartenbereiches, so wie ein Theil der die dortige Garnison jetzt bildenden Truppen theilnahmen. Der Ober-Hofprediger Dr. Strauß und der Divisions-Prediger Strauß verwalteten das Sakrament. Die Vorbereitungsfeier ward bereits gestern Abend in der Schloßkapelle durch den Divisions-Prediger Strauß gehalten und die allerhöchsten und höchsten Herrschaften wohnten derselben ebenfalls bei.

— Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen ist heute Morgen in Begleitung höchstseiner Adjutanten, des Majors v. Heinz, von Breslau hier angekommen. — Ihre königl. Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Carl trafen gestern Abend 7 Uhr von Potsdam hier ein, stiegen im königl. Schloß ab und begaben sich heute Morgen nach Charlottenburg. — Der Generalmajor und Kommandeur der 16ten Kavallerie-Brigade v. Mutius ist nach Breslau und der herzoglich sachsen-altenburgische Hofmarschall Baron v. Seebach nach Allenburg abgereist.

— Dem Vernehmen nach ist der Oberst und Kommandeur des 18. Infanterie-Regiments v. Borcke zum Kommandeur der 1. Infanterie-Brigade, der Oberst und Kommandeur des 7. Infanterie-Regiments v. Plonski zum Kommandeur der 27. Inf.-Brig., der Oberst und Chef des Generalstabes des 6. Armeekorps v. Witzingeroda zum Kommandeur der 5. Infanterie-Brigade, der Oberst-Lieutenant im 2. Garde-Regiment zu Fuß v. Alvensleben zum Kommandanten von Erfurt und Petersberg, der Major im Generalstabe, bisher militärischer Begleiter Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht (Sohn), Baron v. Rheinbaben, zum etatsmäßigen Stabsoffizier im Regiment der Gardes du Corps ernannt, und der Major v. Schüler vom Generalstabe des Garde-Korps mit Wahrnehmung der Stelle des Chefs des Generalstabes des 6. Armeekorps beauftragt worden. — Der Regierungs-Assessor v. Wuffow bei dem königl. Polizei-Präsidium hier selbst ist zum Landrath des Kreises Heiligenstadt, Regierungsbezirk Erfurt, ernannt worden. (N. Nr. 3.)

[Die Staats-Aufsicht über die Eisenbahnen.] Die ministerielle „Preuß. Correspondenz“ (P. C.) läßt sich folgendermaßen vernehmen:

Mehrere öffentliche Blätter haben neuerdings die Staats-Aufsicht über die Eisenbahnen zum Gegenstand der Besprechung gemacht. Es sind hierbei Ansichten zu Tage getreten, welchen eine mehr oder minder unrichtige Auffassung von dem Umfange des Staats-Aufsichtsrechts zu Grunde liegt. Den Eisenbahn-Gesellschaften, so weit sie die Verwaltung und den Betrieb ihrer Unternehmen nicht vertragsmäßig dem Staate übertragen haben, steht gesetzlich und statutenmäßig die Selbstverwaltung ihrer Vermögens-Angelegenheiten zu. Das Aufsichtsrecht des Staates beschränkt sich bei diesen Bahnen auf die Fürsorge, daß die Eisenbahn-Gesellschaften und deren Vorstände ihre gesetzlichen und statutenmäßigen Verpflichtungen gegen den Staat und das Publikum im Allgemeinen erfüllen. Das der Eisenbahn-Gesellschaft zustehende Recht der Selbstverwaltung schließt von selbst die Befugnis der Aufsichtsbehörde aus, im finanziellen Interesse der Aktionäre in die Vermögensverwaltung der Gesellschaft selbstständig einzugreifen. Ein Eingreifen von aussichtsbewegen ist zunächst nur in den Fällen gestattet, in denen es sich um die Sicherstellung der Erfüllung von gesetzlichen oder statutenmäßigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft handelt. Die zu diesem Zweck ergriffenen Maßnahmen der Aufsichtsbehörde sichern allerdings unter Umständen gleichzeitig auch finanzielle Interessen der Aktionäre. Es ist dieses aber nur als eine zufällige Folge anzusehen, so daß die Aktionäre dadurch keineswegs der Nothwendigkeit überhoben werden, zur Wahrung ihrer Interessen durch angemessene Ueberwachung der von ihnen gewählten Gesellschafts-Vorstände selbstständig zu sein und zu bleiben. Insbesondere ist während des Neubaus von Eisenbahnen die Aufsichtsbehörde nicht in der Lage, eine möglichst sparsame Bauausführung zu sichern. Die Preisätze der Arbeiten, der Lieferungs-Verträge u. dgl., sind eine innere Angelegenheit der Gesellschaft, welche das Staats-Interesse in der Regel nicht unmittelbar berührt. Erachtet die Aufsichtsbehörde in dieser Beziehung Maßnahmen der Gesellschafts-Vorstände für unvortheilhaft, so hat sie sich auf Rath und Warnung zu beschränken, indem von ihr zwar die vorchriftsmäßige technische Bauausführung zu überwachen ist, die mehr oder minder große Kostspieligkeit aber zunächst nur das eigene Interesse der sich selbst verwaltenden Gesellschaft berührt. Eine innigere Verbindung zwischen den von der Aufsichtsbehörde zu wählenden Staats-Interessen und den wohlverstandenen Interessen der Aktionäre tritt erst ein, nachdem die Eisenbahn in Betrieb gesetzt worden. Im Interesse des Verkehrs sind die Eisenbahngesellschaften gesetzlich verpflichtet, die Bahn nebst den Betriebsmitteln in betriebsfähigem Stand zu erhalten. Die Sorge für die Erfüllung dieser Verpflichtung schließt die Befugnis der Aufsichtsbehörde in sich, die Eisenbahngesellschaften anzuhalten, von den jährlichen Betriebsüberschüssen nicht mehr zur Dividenden-Vertheilung zu verwenden, als nach Abrechnung der erforderlichen Summe für Instandhaltung und Erneuerung der Bahn und ihrer Betriebsmittel verfügbar ist. Das hierauf gerichtete Bestreben der Aufsichtsbehörde dient allerdings dazu, auch die Aktionäre vor einer allmählichen Aufzehrung des Gesellschaftsvermögens zu sichern. Wenn es jedoch einzelnen Ge-

sellschaftsvorständen in dieser Beziehung an der nöthigen Vorsicht oder Mäßigkeit mangelt, so läßt sich nicht verkennen, daß alsdann der Aufsichtsbefugnisse die Verhütung der Vertheilung von Dividenden, welche den wirklichen Reinertrag übersteigen und daher die Aktionäre zu einer unrichtigen Beurtheilung des Werthes ihrer Aktien verleiten, wesentlich erschwert werde. Es kann daher auch bei den schon in Betrieb stehenden Eisenbahnen den Aktionären nur dringend anempfohlen werden, in den Generalversammlungen innerhalb ihrer statutenmäßigen Befugnisse für die Wahl pflichttreuer und umsichtiger Gesellschafts-Vorstände und für die Ueberwachung der Geschäfts-Verwaltung derselben thätig zu sein. — Die Staatsaufsicht über die Eisenbahnen wird schon seither in dem vollen gesetzlichen Umfange ausgeübt. Insbesondere ist dieses auch bei der Wilhelmshafen-Bahn der Fall gewesen. Die jetzige missliche Lage dieses Bahnunternehmens ist zunächst nur Folge der ungewöhnlich starken Ueberschreitung des ursprünglichen Kostenanschlags für den Bau der Zweigbahnen von Ratibor nach Leobschütz und von Mendza nach Nikolai. Innerhalb des Umfanges der Befugnisse, welche nach dem oben Gesagten der Aufsichtsbehörde zustehen, hat sie in dem Abschluß der Verträge wegen Ausführung dieser Bauten nicht selbstständig eingreifen können, sich vielmehr darauf beschränken müssen, den Gesellschafts-Vorständen Rath und Warnung zukommen zu lassen. In der General-Versammlung der Gesellschaft vom 26sten v. M. ist von dem dort anwesenden Staats-Kommissarius ausführlich mitgetheilt worden, wie die Aufsichtsbehörde es an gutem Rath und frühzeitiger Warnung nicht habe fehlen lassen, die Gesellschafts-Vorstände aber hierauf zu hören wenig geneigt gewesen sind. Nicht minder hat die Aufsichtsbehörde nicht unterlassen, die Gesellschafts-Vorstände auch zur gehörigen Instandhaltung der alten Bahn anzuregen. Bei Vertheilung der Betriebs-Ueberschüsse pro 1855 ist das Direktorium selbst unter Androhung von Exekutiv-Maßregeln angehalten worden, die beschlossene höhere Dividende um mehrere Prozent zu ermäßigen und die dadurch verfügbar gebliebene Summe für die Erneuerung des alten Bahngeländes zurückzulegen. — Auf die Einrichtung von angemessenen Erneuerungsfonds ist bei den Eisenbahn-Gesellschaften seitens der Aufsichtsbehörde schon seit Jahren hingewirkt worden. Es liegt die Bildung dieser Fonds entschieden auch in dem eigenen Interesse der Aktionäre der Gesellschaften. In der ersten Zeit nach der Betriebs-Eröffnung einer neuen Bahn halten die neuen Betriebsmittel, Schienen und Schwellen vor, so daß Erneuerungen derselben nur in sehr geringem Verhältnisse sich als nöthig herausstellen. Später tritt aber eine Periode ein, worin sämtliche Betriebsmittel, Schienen und Geleise fast gleichzeitig oder doch innerhalb der kurzen Frist weniger Jahre durch neue ersetzt werden müssen. Wird für diese beträchtlichen außerordentlichen Ausgaben nicht ein genügender Fonds angesammelt, so liegt die Gefahr nahe, daß beim Eintritt der Erneuerungs-Periode, nachdem Jahre hindurch hohe Dividenden auf die Stamm-Aktien vertheilt sind, hierzu keine Betriebsüberschüsse mehr disponibel bleiben, ja unter Umständen die gesammte Einnahme nicht einmal zur Deckung der laufenden Ausgaben mehr zureicht. Im wohlverstandenen Interesse ihrer Aktionäre haben mehrere Eisenbahn-Gesellschaften nicht Anstand genommen, wegen Bildung und angemessener Dotirung eines Erneuerungsfonds aus eigener Bewegung die zweckdienlichen Anordnungen zu treffen, oder doch den Anforderungen der Aufsichtsbehörde bereitwillig nachzukommen. Andere Bahnverwaltungen zeigen sich wenig geneigt, diesen Grundsätzen guter Finanzwirtschaft Eingang zu geben, indem sie die nachhaltige Rentabilität des von ihnen verwalteten Unternehmens weniger ins Auge zu fassen scheinen, als die Herbeiführung einer durch die Vertheilung hoher Dividenden ermöglichten vorübergehenden Steigerung des Aktien-Courses. Bei den Eisenbahn-Gesellschaften, welche einen gehörig dotirten Erneuerungsfonds unterhalten, hat die Aufsichtsbehörde zur Inhabirung der von den Gesellschaftsvorständen beschlossenen Dividenden niemals Anlaß gefunden. Ein Eingreifen rücksichtlich der zu vertheilenden Dividenden findet seitens der Aufsichtsbehörde nur statt, wo die Gesellschafts-Vorstände durch die unterlassene Bildung eines genügenden Erneuerungsfonds, oder, wie dieses neuerdings vorgekommen ist, durch die Kontrabirung von nicht genehmigten schwebenden Schulden, so wie durch unbefugte Spekulationen die Finanzlage des Unternehmens verdunkeln oder die künftige Instandhaltung der Bahn und Betriebsmittel, beziehungsweise die nachhaltige Rentabilität ihres Unternehmens, in Frage stellen. Früher fehlte es zur Berechnung der Höhe der zu vertheilenden Dividenden erforderlichen Beträge noch an genügenden Erfahrungen. Gegenwärtig ist es gelungen, dieserhalb geeignete Sätze festzustellen. Bei Feststellung der Dividenden wird nunmehr von Seiten der Aufsichtsbehörde darauf zu halten sein, daß fortan nicht mehr zur Vertheilung kommt, als nach Abrechnung der Abnutzung der Bahn und ihrer Betriebsmittel aus den Betriebs-Ueberschüssen verfügbar bleibt. Mag hierdurch auch die Höhe der Dividenden bei einzelnen Bahnen hinter den Wünschen und Erwartungen der Aktionäre zurückbleiben, so werden Letztere doch nicht verkennen, daß gerade in dieser sorgfältigen Prüfung und Ermittlung des wirklichen Reinertrages der Bahn-Unternehmungen eine wesentliche Gewähr liegt, daß, sobald nur die Verkehrsverhältnisse der Bahn sich nicht ungünstiger gestalten, die einmal gezahlten Dividenden nachhaltig gegeben werden können, und somit die Eisenbahn-Aktien auch ferner mit Recht als Mittel zur soliden Kapital-Anlage benutzt werden dürfen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 8. April. Der „Postzeitung“ wird unter vorstehendem Datum geschrieben: „Was die Zeitung „Deutschland“ in einem vom 6. l. Mts. datirten, auch in Ihr Blatt übergegangenen Artikel über die gegenwärtige Hasenbaarschneiderei-Bewegung unserer Nachbarschaft sagt, hat im Allgemeinen seine Richtigkeit, doch ist dabei zu bemerken, daß der Wochenlohn nicht durchgängig 5 Fl. ist, sondern

